

Amts- und Anzeigeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Gesamtpreis vierpfennig. Nr. 270 einschließlich des Blattes „Unterhaltungsblattes“ in der Geschäftszeit, bei unseren Seiten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erhältlich täglich abends mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags für den folgenden Tag.

Die Seite kann aus dem Zeitungsdruck hergestellt werden, der die Zeitung am nächsten Tag vorbereitet. Eine Seite kann aus dem Zeitungsdruck hergestellt werden, der die Zeitung am nächsten Tag vorbereitet.

Ver.-Adr.: Amtsstall.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstühzengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstühzengrün, Wildenthal usw.

Berantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebach in Eibenstock.

66 Jahrgang.

Anzeigenpreis: die kleinpartige Seite 20 Pf.

Im Restanteil die Seite 50 Pf.

Im amtlichen Teile die gespaltene Seite 50 Pf.

Ausnahme der Anzeigen bis spätestens vormittags

10 Uhr, für größere Tage vorher.

Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen

am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage

sowie an bestimmten Stellen wird nicht gegeben,

ebensoviel für die Richtigkeit der durch An-

sprecher aufgegebenen Anzeigen.

Verstreicher Nr. 110.

Nr. 43.

Freitag, den 21. Februar

1919.

Zur Ausführung der Reichsverordnung über Waffenbesitz vom 13. Januar 1919 (R. G. Bl. Seite 31) wird folgendes bestimmt:

1. Alle in § 1 der Verordnung aufgeführten Schußwaffen (Gewehre, Karabiner — Flammenwerfer) sowie Munition aller Art zu Schußwaffen sind innerhalb 14 Tagen nach Erlass dieser Ausführungsbestimmungen abzuliefern.

Personen, die nach Ablauf dieser Frist in das sächsische Staatsgebiet zugießen, haben der Ablieferungspflicht unverzüglich nachzukommen.

2. Die Ablieferung hat in Dresden an die Polizeidirektion und deren Wachen, in den anderen Städten mit revidierter Städteordnung an die Stadträte (Polizeiamt) und deren Polizeiwachen, in den übrigen Orten an die Gemeindebehörden zu erfolgen. Die letzteren haben die abgelieferten Stücke in Sammelsendungen an die Umtshauptmannschaften weiterzugeben. Von den Behörden, an die die Ablieferung erfolgt, sind mit sortenauflender Nummer versehene Empfangsbestätigungen auszustellen, über die ein Verzeichnis zu führen ist, in das zu jeder Nummer Name und Wohnung des Abliefernden eingetragen werden muss. Die abgelieferten Stücke, an denen die entsprechende Nummer in dauerhafter Weise (womöglich mit Draht festgesetzt) anzubringen ist, sind in einem gegen Einbruch und Diebstahl hinreichend geschützten Amtsschrank aufzubewahren, bis von der Landeszentralbehörde weitere Befüllung getroffen wird. Im Falle von Unruhen sind die Aufbewahrungsräume mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen Plünderung zu schützen. Eine Entschädigung für die in behördliche Verwahrung genommenen Gegenstände wird nicht gewährt.

3. Von der Ablieferungspflicht sind freit:

hinsichtlich der Dienstwaffen oder Jagdgewehre nebst der dazu gehörigen Munition

a) diejenigen Personen, die zur Führung von Waffen nach ihrem Amtes oder Dienstes berechtigt sind (Polizeibeamte, Forstbeamte, Militärpersonen),

b) die Inhaber von noch nicht abgelaufenen deutschen Jahres-Jagdkarten,

c) die nach §§ 3 und 4 des Jagdgesetzes zur selbständigen Ausübung der Jagd

berechtigten Personen, hinsichtlich der Waffen und Munition, zu deren Besitz ihnen besondere Genehmigung erteilt ist,

d) die Inhaber von Waffenscheinen der Umtshauptmannschaften,

e) bis auf weiteres Schützenvereine und Militärveterane, die die Genehmigung zum Besitz von Waffen haben. Die Vorsteher dieser Vereine haben für unbedingt sichere Aufbewahrung zu sorgen. Auch haben sie der unter

Ziffer 2 bestimmten Ablieferungsbehörde binnen 14 Tagen Verzeichnisse derjenigen ihrer Mitglieder einzurichten, die Waffen besitzen, hierbei auch Zahl und Gattung dieser Waffen genau anzugeben.

Endlich kann in besonderen Fällen vertrauenswürdigen Personen von den Polizeibehörden (in Dresden von der Polizeidirektion, in den anderen Städten mit revidierter Städteordnung von den Stadträten — Polizeiamt), in den übrigen Orten von den Umtshauptmannschaften) ein Erlaubnischein zum Besitz (nicht Tragen) von Waffen erteilt werden. Insbesondere können für Schußwaffen, die familienrechtlichen, künstlerischen oder historischen Wert haben, solche Erlaubnischeine ausgestellt werden.

4. Die Überlassung von Schußwaffen und Munition an Personen, die nicht unter Ziffer 3 a—e fallen, ist bis auf weiteres nicht nur den Waffenhändlern und Trödbern, sondern auch allen anderen Personen verboten. Die Berechtigung zum Besitz von Schußwaffen und Munition gemäß Ziffer 3 a—c ist vor der Überlassung durch Kauf, Tausch oder Schenkung sorgfältig zu prüfen, nötigenfalls durch Anfrage bei der Ortspolizeibehörde.

5. Die Haushaltsgentümer oder deren gelegliche Vertreter sind verpflichtet, von dem Vorhandensein nicht angemeldeter Waffen in ihren Grundstücken der Ortspolizeibehörde Mitteilung zu machen.

6. Die Polizeibehörden sind zu Haussuchungen berechtigt und verpflichtet, wenn der Verdacht besteht, daß Waffen verheimlicht werden. Die militärischen Sicherheitsorgane sind hierbei zur Unterstützung der Polizei verpflichtet.

7. Auf die rechts- und landesgesetzlichen Bestimmungen, die das Waffentragen und das Schießen unter Strafe stellen, wird ausdrücklich hingewiesen.

Attentat auf Clemenceau.

Amsterdam, 19. Februar. Vom 19. Februar wird aus Paris gemeldet: Als Clemenceau heute morgen sein Haus verließ und in sein Auto steigen wollte, senkte plötzlich eine unbekannte Person mehrere Revolvergeschüsse auf ihn ab. Clemenceau wurde am Rücken und an der Schulter verwundet, man glaubt jedoch, daß die Wunden nicht ernster Natur sind. Der Attentäter wurde verhaftet. (T.-A.)

Der Böllerhandel und Böllerbund.

In der Eröffnungssitzung der Konferenz in Paris sagte der Präsident Poincaré: „Die Seiten sind vorbei, in welchen die Böller verhandelt wurden, wie ein Möbelstück!“ Dies waren die Worte des französischen Staatsoberhauptes, aber die Politik Frankreichs und der Entente läuft auf das Gegenteil hinzu, und der erwartete Widerspruch des Rechtsfreundes Wilson bleibt aus. Nicht Deutschland allein, die Deutschen sind es, die die Folgen zu tragen

haben, deutsche Familien, denen niemals der Gedanke gekommen ist, sie könnten jemals vom deutschen Volksstamm losgelöst und unter eine fremdländische, oft direkt deutschfeindliche Gewalt gestellt werden. Die bittere Redewendung vom verlaufenen Bruderstamm, soll nun wieder Wahrheit werden. Es handelt sich nicht um einige Tausende, sondern um Millionen Deutsche, wohl an 8—10 Millionen, die die deutsche Abstammung mit fremden Farben vertauschen sollen.

Die Elsaß-Lothringer deutschen Blutes, die die große Mehrheit der reichsländischen Bevölkerung ausmachen, haben in Weimar sich vergeblich bemüht, ihre Forderung nach Selbstbestimmung, nach der Bildung eines neutralen Staates durchzusetzen. Sie müssen die französische Regierung über sich ergehen lassen, deren Verschiedenartigkeit von der deutschen sie bereits erkannt haben.

Der Ruf: „Wieder deutsch!“ klingt durch die Beröhrung, und die französischen Militärfabrikanten erklären, daß die heutigen Zustände unmittelbar sind. Die Elsaß-Lothringer müssen sich viel gefallen lassen, noch mehr wird den Bewohnern des Saar-Gebietes zugemutet, die immer Deutsche waren, und die ohne jeden Grund, nur weil Frankreich die reichen Bodenschätze verlangt, diesem zugeführt werden sollen. Die Deutschen in Posen haben

jetzt schon von der polnischen Herrschaft schwer zuhalten. Plakate und Erpressungen zeigen sich. Es ist ihnen ganz unsfahbar, daß sie vom Polenrat aus Warschau Vorschriften annehmen und für polnische Interessen wohl gar kämpfen sollen. Wozu ist das Kaiserreich in der Stadt Posen erbaut? In Norddeutschland sollen Deutsche an Dänemark kommen. Die Deutsch-Böhmen haben die Tschechen sich eingerobt. Die deutschen Sachsen in Siebenbürgen sollen zu Rumänen kommen, in Südböhmen spielt sich der neue slavische Staat als Herr auf, und in Tirol fordern die Italiener ein großes Gebiet von rein deutschen Bezirken. Also überall Gewalt gegen die Deutschen, und auch die Verteilung Deutsch-Oesterreichs zu fremden Staaten schwächt das Deutschtum.

Was will unter solchen Umständen Wilsons rielgeprägter Böllerbund besagen, dessen Gründzüge — auf dem Papier — in Paris genehmigt sind. Unsere Feinde wollen künftig über Krieg und Frieden, Wehrmacht und Rüstungen wachen, die Böllerfreundschaft pflegen, wo ihre Maßnahmen gegen das Deutschtum nicht bloß vom krassesten Egoismus, sondern auch vom Böllerbund diktiert wurden! Franzosen und Slaven sind geborene Deutschfeinde, die Engländer, Italiener und Amerikaner sind es durch Aufreizung und Verbrennung geworden. Viel-

8. Zu widerhandlungen gegen Ziffer 4 und 5 dieser Verordnung werden, sofern nicht eine höhere Strafe verübt ist, mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder Haft bestraft.

Dresden, am 14. Februar 1919.

158 a/b II A

Ministerium des Innern. Justizministerium. Ministerium für Militärwesen.

1827

Verordnung,

die Wahlen zu den Angestellten-Ausschüssen und den Arbeiter-Ausschüssen (Bergwerksräten) in den sächsischen Bergbezirken betr., vom 18. Februar 1919.

Zur weiteren Ausführung der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 (RGBl. S. 1456) wird folgendes bestimmt:

Die Wahlen zu den Angestellten-Ausschüssen und den Arbeiter-Ausschüssen (Bergwerksräten) haben im Berginspektionsbezirk Leipzig am 25. Februar 1919, in den übrigen sächsischen Berginspektionsbezirken am 4. März 1919 stattzufinden.

II.

Für die unter I. bezeichneten Wahlen gelten folgende Abweichungen von den unter dem 31. Januar 1919 (Nr. 28 der Sächs. Staatszeitung vom 4. 2. 1919) veröffentlichten Ausführungs-Bestimmungen:

1. § 6 der Ausführungs-Verordnung vom 25. Januar 1918 und § 2 der Wahlordnung werden dahin abgeändert, daß die dort bezeichneten Personen wahlberechtigt sind ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit.

2. Die Fristen in § 6 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung werden dergestalt abgeändert, daß

a) das Wahlauskript drei Tage vor dem letzten Tage der Stimmabgabe zu erlassen ist,

b) Einsprüche am Tage nach dem ersten Tage des Aushangs anzubringen sind,

c) Vorschlagslisten nur berücksichtigt werden, die spätestens am Tage nach dem ersten Tage des Aushangs eingehen, ferner die Frist in § 8 Abs. 2 dergestalt,

dass die Worte „von höchstens 2 Tagen“ gestrichen,

endlich die Frist in § 9 dergestalt,

dass die Worte „spätestens 3 Tage“ ersetzt werden durch die Worte „am Tage“.

III.

Endlich ist in § 5 Abs. 2 der Ausführungs-Verordnung vom 25. Januar 1918 der Druckfehler zu berichtigen, daß an Stelle der Worte „für Ausschüsse mit 50 oder mehr Mitgliedern“ die Worte zu treten haben „für Ausschüsse mit 5 oder mehr Mitgliedern“.

Dresden, den 18. Februar 1919.

564 III J

Arbeits-Ministerium.

1844

Heldt.

Staats- und Gemeindegrundstener

ist der 1. Termin am 1. Februar fällig gewesen.

Es wird mit dem Bemerk nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß nach 14 Tagen gegen Restanten das Vollstrechungsverfahren eingeleitet wird.

Eibenstock, den 19. Februar 1919.

Der Stadtrat.

leicht ändern sich die letzten Völker wieder, die ersteren aber schwerlich, die nicht vergessen werden, was gewesen ist. Viele Deutsche haben sich der Erwartung hingegeben, Frankreich werde mit uns wieder Arm in Arm gehen, wenn es Elsass-Lothringen wieder sein nennt. Dass das eine neue Enttäuschung gewesen ist, hat wohl jeder eingeschaut.

Werden wir uns doch klar, wie sehr sich unsere Lage gegenüber denjenigen vor dem Kriege verschlechtert hat. Damals hatten wir nur zwei Nachbarn, die uns wirklich bedrohen konnten, Frankreich und Russland. Heute, wo die österreichisch-ungarische Monarchie verschwunden, Belgien's Neutralität aufgehoben ist, wimmelt es um uns von Gegnern: Belgien, Frankreich, die Republik der Tschechen, und jetzt dahinter Südböhmen und Rumänien, die Polen, das bolschewistische Russland. Viele Köpfe, aber nur bei einer gegen Deutschland gerichtete Sinn. Außerdem liegt die Leitung für alle die Deutschen mit Ausnahme von Russland in Paris. Wo soll da ein Völkerbund voll Frieden und Versöhnung herkommen?

Die Annahmen der letzten Waffenstillstandsverhandlungen, die Räumung von Pojaz, führt die Polen noch nicht zum Gipfel ihrer Hoffnungen, sie werden auch Oberschlesien verlangen, soweit dort ihre Sprache vorherrscht. In Weimar vertraut die Reichsregierung darauf, dass die jetzige deutsche Koncession nicht endgültig sein wird, sondern durch den Friedensvertrag nur wirklich überwiegend polnische Gebiete uns retten gehen werden. Wer will es heute noch wagen, diese Erwartung wirklich zuversichtlich zu teilen? Eine Enttäuschung hat die andere gezeigt, und Proteste helfen uns nichts, seitdem die Demobilisierung vollzogen ist. Der Völkerhandel auf Deutschlands Kosten ist da.

Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Aus der Luft gegriffen. Vor einiger Zeit berichtete, wie auch von uns erwähnt, die „Schles. Ztg.“, es sei zurzeit der ersten Waffenstillstandsverhandlungen im Walde von Compiegne, wie der französische Generalstabsschef Wehrgand dem deutschen Generalmajor von Winterfeldt damals an Ort und Stelle vertraulich mitgeteilt habe, möglich gewesen, einen Frieden ohne Entschädigung zu erhalten, und nur der Ausbruch der deutschen Revolution habe damals die endgültigen harten Bedingungen des ersten Waffenstillstandsabkommens veranlaßt. Auf Grund dieses Artikels der „Schles. Ztg.“ hatte der Abg. v. Gräfe in der Nationalversammlung eine kleine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet. Im Zusammenhang mit dieser Frage ist dem Reichsminister Erzberger vom Generalmajor von Winterfeldt, der bei den Verhandlungen im Walde von Compiegne die deutsche Oberste Heeresleitung vertreten, ein Telegramm zugegangen, in welchem es u. a. heißt: Die Angaben der „Schlesischen Zeitung“, auf welche sich die Anfrage Gräfes stützt, sind frei erfunden. Die Waffenstillstandsbedingungen der Entente sind beim ersten Zusammentreffen mit Marshall Foch in ihrer vollen, allgemein bekannten Härte eröffnet worden; von einer Bereitschaft zu einem entschädigungslosen Frieden ist nie die Rede gewesen. Ebensoprechend sind auch die weiteren Mitteilungen der „Schlesischen Zeitung“ über angebliche Ausschreitungen des Marshalls Foch mit gegenüber vollständig aus der Luft gegriffen.

Truppensendungen in das Streifgebiet. Trotz der Drohungen der Spartakisten, die Bergwerke zu sabotieren, ist die Reichsregierung entschlossen, im Ruhrorter Ordnung zu schaffen. Sie hat deshalb Dienstag eine Brigade nach Münster beordert, und wird weitere Truppensendungen folgen lassen. In Horst-Dorsten sind die Regierungstruppen herren der Lage. Es kam zu wiederholten heftigen Zusammenstößen, bei denen die Regierungstruppen fünf Tote und die Spartakisten 24 Tote hatten. Unter den Gefallenen der letzteren befindet sich auch der Führer der Spartakisten. Die Regierungstruppen nahmen außerdem mehrere hundert Spartakisten gefangen. Auch aus Münster wird amtlich gemeldet, dass alle seitherigen Unternehmungen der Regierungstruppen glatt durchgeführt wurden und überall zu vollem Erfolg führten.

Polen, die deutsch bleiben wollen. Gegen 700 polnisch sprechende Männer und Frauen aus den im Kreise Košel (Oberschl.) liegenden Dörfern Gieraltowiz, Kleinninsdorf, Lenischütz, Przebowitz und Pohlenkarb haben in zwei in Gieraltowiz und Lenischütz am 14. Februar veranstalteten Versammlungen einstimmig folgende Entschließung angenommen: Wir wollen ungehindert unsere Muttersprache gebrauchen und unsere Religion ausüben und wie bisher bei unserer schlesischen Heimat verbleiben. Wir erheben hierlich Einpruch gegen die von nationalpolnischer Seite unternommenen Versuche, Oberschlesien oder Teile davon dem gen zu gründenden polnischen Reiche einzubereißen.

Gegen die Kriegsgesellschaften, die bekanntlich nach den famosen Vorschlägen der Globalisierungskommission in der Hauptstadt bestehen bleiben sollen, bringt der Hansa-Bund alle Einwendungen, die sich gegen sie erheben lassen, in flatter, knapper und überzeugender Weise zum Ausdruck. Er kritisiert scharf und mit Redjt den Disziplinarismus und Bureaucratismus, die geübte Unterdrückung von Initiative und Erfindungsgeist und die Einschränkung der Produktion. Auch die Geschlech-

terung der Qualität ist eine weitere Folge dieser Wirtschaft, die bei geringen Leistungen ungemein teuer ist. Unproduktive Beschäftigung ist die Folge dieses Systems, und die Protektion blüht ganz besonders. Alles in allem: Verteuерung und Mangel sind die Endresultate der Kriegsgesellschaften. Das Volk muss schließlich für Nahrung, Kleidung usw. ungewisse Preise zahlen oder es tritt Mangel und Not ein, was noch gefährlicher ist. Deshalb: weg mit den Kriegsgesellschaften!

Sicherung der Landwirtschaft. Die aus den Verhältnissen des Krieges heraus entstandene Verordnung über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung, die bei Nichtbestellung landwirtschaftlicher Grundstücke die Möglichkeit der Brangs bewirtschaftung vorsieht, hat sich mehrfach als ausbaubürdig erwiesen. Auch ist es im Hinblick auf die schwierige wirtschaftliche Lage zur Sicherung der Volksnahrung dringend geboten, die weitere Gelungsdauer der Verordnung aufrechtzuhalten. Der heimische Ackerboden muss restlos in den Dienst der Ernährungswirtschaft gestellt werden. Eine vom Staatssekretär des Reichsernährungsamts erlassene Verordnung über die Sicherung der Landwirtschaft sieht daher vor, dass die Möglichkeit zur Einleitung einer Brangs bewirtschaftung auch weiterhin aufrechterhalten wird. Gleichzeitig bringt die Verordnung mehrfache Neuerungen, die aus Grund der bei Zwangsbewirtschaftungen gemachten Erfahrungen sich als notwendig erwiesen haben und die Einleitung und Durchführung der öffentlichen Bewirtschaftung wirksamer gestalten und so die volle Ausnutzung des heimischen Bodens gewährleisten.

Österreich.

Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich. Das endgültige amtliche Ergebnis der Wahlen liegt noch nicht vor, da aus einzelnen Bezirken die Wahlresultate fehlen, doch wird in unterrichteten Kreisen nach den bisherigen Meldungen folgendes Gesamtergebnis erwartet: 75 Sozialdemokraten, 63 Christlichsoziale, 22 Deutschfreiherrliche, 1 Tscheche und 1 Jüdischnationaler.

Frankreich.

Der Rhein die militärische Grenze. Laut der Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ magte Marschall Foch dem interalliierten Kriegsrat folgenden Vorschlag: Der Rhein wird die militärische Grenze Deutschlands, aber nicht seine politische. Frankreich verlangt keine Kontrolle über die linksrheinischen Gebiete, fordert jedoch, dass dorthin selbst von Deutschland leinerer militärische Anlagen, Munitionsarbeiten, Waffenslager, Festungen oder Forts beibehalten werden dürfen, noch dass eine Aushebung in diesen Gebieten vorgenommen werden dürfe.

England.

Der Raub der deutschen Flotte. Reuter meldet: Es ist so gut wie sicher, dass die endgültigen Friedensbedingungen über die deutsche Flotte folgende Punkte umfassen werden: Verstärkung aller Forts auf Helgoland und der Befestigungsanlagen im Kiel-Kanal sowie Öffnung des Kanals für den gewöhnlichen Verkehr. Man wird Deutschland nur eine Flotte lassen, die für Verteidigungszwecken genügt.

Entthüllungen über die britische Flotte. Lord Jellicoe's Buch über die britische Flotte ist erschienen und hat in England großes Aufsehen erregt. Der Admiral behauptet, dass die englische Flotte im ersten und zweiten Kriegsjahr sehr viele Schwächen und Fehler gehabt habe, und dass die Deutschen unter günstigen Umständen einen Sieg hätten davon tragen können. Die englische Flotte habe nicht genug Berührer, leichte Kreuzer und große Lufschiffe für die Auflösung gehabt. Der Panzerhut sei schwächer als der der deutschen Schiffe gewesen. Besonders schwerwiegend war in England der Mangel an Reparatur-Docks. Jellicoe erklärt, dass der Hafen Scapa Flow, wo die englische Flotte lag, zu Anfang des Krieges kaum befestigt war und es sei unbegreiflich, dass sie nicht angegriffen wurde. Über die Schlacht am Skagerrak sagte der Admiral, er habe sich auf einen Nachangriff nicht einlassen können, weil er wusste, dass die deutsche Flotte besonders gut dafür organisiert war. Über Kitcheners Tod sagte der Admiral, dass die „New Hampshire“ auf einer von einem deutschen U-Boot gelegte Mine gesunken sei.

Amerika.

Wilson löst das Problem der Freiheit der Meere. Wilson erklärte einem Mitarbeiter des „New Yorker Herald“ auf die Frage, ob die Freiheit der Meere schon erörtert worden sei: Was die Neutralen anbelangt, so wird es solche in der Liga der Nationen nicht mehr geben, denn die Neutralen werden ein Bestandteil der Liga werden müssen und infolgedessen sich deren Beschlüssen fügen, falls eine bewaffnete Intervention gefordert wird. Sobald es keine Neutralen mehr gibt, gibt es auch keine Frage der Freiheit der Meere mehr; denn diese Frage wird ja eben durch die Beziehungen zwischen Kriegsführenden und den Neutralen aufgeworfen. Die Liga der Nationen wird in Zukunft alle Fragen der Marinopolitik wie auch der Küstengrenzen regeln. Man kann also sagen, dass die Frage der Freiheit der Meere nicht mehr zur Erörterung steht. Wilson bemerkte noch, dass dieses Argument von der englischen Delegation nicht gelöst gemacht worden sei, sondern dass ihm wenig Überlegung genügt habe, um zu dieser Schlussfolgerung zu kommen. Das ist allerdings eine sehr einfache Lösung. Die Engländer werden sich schämen, dass ihnen Wilson diese schlaue Idee vorweg genommen hat.

Örtliche und Sachsische Nachrichten.

Hundshübel, 19. Februar. Der bisherige Hilfsarbeiter Max Willy Scheibner hier selbst ist am 17. Februar er durch die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg als Gemeindekassierer und Protokollant verpflichtet worden.

Dresden, 17. Februar. Das Dresdner Theater der 5000, der Circus Saracant, befindet sich, wie in Dresden verlautet, infolge des Krieges in ernste Schwierigkeiten. Der Bau hat wesentlich mehr Ver schlüsse, als veranschlagt war. Als die Hungersnot schlimmer und schlimmer wurde, begann ein großes Sterben. 3 Milspferde, eine ganze Herde Uffen, Pavianen und Mandrills, 3 Königuruhs, 2 Tapiere, 24 Kamme, 41 Stiere, Seehunde und Seelöwen, über 30 Strauße gingen ein oder mussten wegen Futtermangels verlaufen werden. Sämtliche 36 Löwen und 24 Tiger fielen dem Hunger zum Opfer. Welch ein Verlust das ist, erfasst man daraus, dass ein Löwe heute 25000 Mark wert ist.

Dresden, 18. Februar. Ein „unabhängiger Jugendtag“ fand hier statt. Die Versammlung forderte u. a. das Wahlrecht für beide Geschlechter vom 18. Jahre an (warum nicht zur Konfirmation?), ferner die Aufhebung der Lehrverträge und die Beseitigung der dreijährigen Lehrlinge.

Bautzen, 17. Februar. Hier wurden zwei Dresdner Schlechthändlerinnen angehalten, die 17 Pfund Kalbfleisch, 8½ Pfund Schinken, 6 Pfund Speck, 41 Stück Butter, 32 Pfund Weizenmehl, 3 Brote und 273 Eier auf gekauft hatten. Die Waren wurden beschlagnahmt. Gleichzeitig wurden in Bischofsweida zwei Schlechthändler betroffen, die 42 Stück Butter und 115 Eier auf gekauft hatten und nach Dresden ausführen wollten. Auch diese Waren konnten ihnen abgenommen werden.

Bautzen, 17. Februar. Beim Spielen auf dem Eis der Mulde brachen am Sonnabend vier Knaben ein, von denen sich drei gegenseitig zu retten vermochten, während der vierte, Bergarbeitersohn Georg Achtmann, unterging und vor den Augen seiner Spielpartnern ertrank. — Der am Montag morgen von Schwarzenberg kommende Personenzug entgleiste zwischen Schiedewitz und Zwicksau, sodass die Fahrgäste auf offener Strecke aussiegen und den Weg nach Zwicksau zu Fuß gehen mussten.

Hohenstein-Ernstthal, 17. Febr. Französische und englische Offiziere, die zurzeit sächsische Städte bereisen, befleisseln bei dieser Gelegenheit bei Baumwurzelnschulen für die deutsche Rechnung Obstbaum für das Sommergärtner. Obstdüne für das Sommergärtner, ob das Sommergärtner, ob der von den deutschen Truppen bei der Ausführung der militärisch notwendigen Bergungsarbeiten seinerzeit mit vernichteten Obstplantagen deutscherseits wieder hergestellt werden müssen. So befleisseln die Offiziere bei dem heisigen Baumwurzelnschulneß für das Frühjahr 1500 Obstbäume. Sachsen und Thüringen sollen insgesamt 35000 Obstbäume liefern.

Oberwiesenthal, 18. Febr. Am Sonnabend und Sonntag fand in Oberwiesenthal die erste Vertreterversammlung der Deutschen Demokratischen Partei im oberen Erzgebirge statt. Sie wurde geleitet durch Herrn Richard Stoll Annaberg. Es wurde über die Wahltauglichkeit berichtet und festgestellt, dass anerkanntermaßen die Deutsche Demokratische Partei im oberen Erzgebirge intensiv und hervorragend gearbeitet hat. Über den weiteren Ausbau der Organisation und andere wichtige Fragen wurden eingehend beraten. Schließlich wurde noch eine Resolution in Sachen unserer Kriegsgefangenen gefasst und telegraphisch an den Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission Erzberger nach Trier weitergegeben. Die Resolution lautet: „Die Vertreterversammlung der Deutschen Demokratischen Partei im oberen Erzgebirge fordert die Waffenstillstandskommission auf, an den Verhandlungen über den Frieden nicht früher wieder teilzunehmen, als bis uns von den Feinden noch immer völlig zu Unrecht zurückbehaltene Kriegsgefangenen freigegeben sind. Sie stellt diese Forderung in der Überzeugung, dass ein derartiges Verhalten unserer Waffenstillstandskommission das volle Einverständnis und die restlose Zustimmung aller neutralen Völker der Welt finden wird.“

Plauen, 17. Februar. Der Bau des oberen Bahnhofes Plauen, der sich schon vor einer Reihe von Jahren als dringend notwendig erwiesen hat, ist vor kurzem eingeleitet worden. Um die Ausführungen des zweiten Teils der zu vergebenden Arbeiten (Erb-, Fels- und Schleusen-Arbeiten sowie Ausführung von Stützmauern) sind 24 Bewerbungen eingegangen. Die Angebote schwanken zwischen 354000 und 1072000 Mark. Zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Angebot besteht also ein Unterschied von 718000 Mark.

Ein Bundesverein der Deutschen Volkspartei für Sachsen ist am Sonntag in Dresden gegründet worden.

Die Beschlagnahme der Dach-Pappen ist laut Bekanntmachung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Auch sämtliche Leiterzeugnisse sind freigegeben.

Die Reichs-Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefange-ne, die oberste Reichsbehörde für alle Gefangenengelegenheiten, gibt ein regelmäßiges Nachrichtenblatt heraus, in dem alle wichtigen und beglaubigten Nachrichten über Gefangene bekanntgegeben werden. Das Nachrichtenblatt erscheint zweimal im Monat und ist durch die Post, im Abonnement zum Preise von 70 Pf., vierteljährlich, die Einzelnummern für 10 Pf., zu beziehen. Da das Nachrichtenblatt soeben erst in der Zeitungspreisliste im 4. Nachtrag aufgenommen wurde, ist es zweckmäßig, bei der Postbezeichnung hierauf hinzuweisen. Die Angehörigen von Kriegs- und Zivilgefange-ne werden für dieses Nachrichtenblatt sicherlich großes Interesse haben, da sie sich durch dasselbe über die im Mittelpunkt ihres Interesses stehende Angelegenheit nach amtlichen Unterlagen auf dem Laufenden halten können.

— Geldversendung an deutsche Gefangene in amerikanischen Händen. An die deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischen Lagern auf französischem Boden kann zur Zeit Geld auch durch Postanweisung und zwar durch Vermittlung der Oberpostkontrolle Bern versandt werden. Näheres ist bei den Postanstalten und bei den Auskunfts-, Orts- und Hilfsstellen vom Roten Kreuz zu erfahren.

— W. M. Zur Kartoffelversorgung. In der Presse ist die Berechtigung der Kommunalverbände zur Absicherung von 50 Pfund der auf Abschnitt C der Landeskartoffelkarte bezogenen Kartoffeln verschiedentlich angeweisen worden. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß nach §§ 1 und 2 der Reichsverordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 — RGBl. S. 738 — die Kommunalverbände die für die Ernährung der Bevölkerung erforderlichen Kartoffeln zu beschaffen und die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu regeln haben. Nach § 16 derselben Verordnung erlassen die Landesbehörden die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Auf Grund dieser Vorschrift ist die Bekanntmachung vom 7. September 1918 — 1910 V L A IV — abgedruckt in der Sachsenischen Staatszeitung Nr. 210 vom 9. September 1918, ergangen, in der unter Biffer 2 die Bestimmungen über die Landeskartoffelkarte unter Zugrundelegung eines Wochenloppfaches von 7 Pfund enthalten sind. Nachdem nunmehr von reichsweiten die Wochenloppfache an Kartoffeln für die versorgungsberechtigte Bevölkerung allgemein auf 5 Pfund herabgesetzt worden ist und infolgedessen kein Versorgungsberechtigter auf mehr als 5 Pfund Kartoffeln wöchentlich Anspruch hat, andererseits aber alle Verbraucher diese 5 Pfund beanspruchen können, ergab sich die Notwendigkeit, auch die Kartoffelmenge an Kartoffeln für die auf Landeskartoffelkarte eingedeckten Personen herabzusetzen und den Überdruss im Interesse der nicht eingedeckten Verbraucher abzufordern. Diese Anordnung ist also eine Ausführungsbestimmung im Sinne der erwähnten Reichsverordnung vom 18. Juli 1918 und daher rechtsgültig.

Deutsche Nationalversammlung.

Bei mir, 18. Februar. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.

Protesttelegramme gegen die Demarkationslinie sind eingegangen aus Bromberg, Birnbaum und Bentzien. Ein Telegramm eines Berliner Herrn wendet sich mit scharfen Worten gegen den Vergnügungspöbel und fordert die Einführung von Landesträuer und das Verbot öffentlicher Tanzlustbarkeiten.

Abg. Dr. Bögl (Deutsche Volkspartei) begründet die Interpellation Helmke über den Waffenstillstand.

Mit grausamer Sicherheit wisse der Feind die Punkte zu wählen und zu treffen, welche uns dem Ruin entgegenführen müssen. Große Kreise der Industrie, des Handels, der Schifffahrt und des Gewerbes haben längst gewußt, daß die Wilsonschen Bedingungen doch vielleicht nur gestellt worden sind, um uns zuerst zum Waffenstillstand zu bringen und dann zu vergewaltigen. Redner wirft Erzberger vor, daß er die Verhandlungen über die Ablieferung des Eisenbahnmaterials und der landwirtschaftlichen Maschinen geführt habe, ohne daß bei den Verhandlungen in Spa, Trier und Luxemburg Sachverständige der Kohlen- und Eisenindustrie, die doch in erster Linie dabei interessiert sind, zugezogen würden. Von Anfang an hat der Verein Deutscher Stahlindustrieller immer und immer wieder dringend um Zulassung von Sachverständigen gebeten. Woher nimmt Herr Erzberger das Recht, allein über so wichtige Fragen unseres Volkes zu entscheiden? Unsere Unterhändler haben, wie die Hamburger Reeder sich ausdrückten, in leichtestem Weise die Feinde geraden zu eingeschlagen, uns in den Hauptpunkten Schwierigkeiten zu machen. Wer gab Herrn Erzberger das

Recht, trotz des schärfsten Protestes von Sachverständigen, das Schiffahrtsabkommen zu unterzeichnen? Die neuen Abmachungen, die vielleicht angenommen werden müssten, sind das Schlüsse in der Kette, die der Reichsminister in den monatelangen Verhandlungen um das deutsche Volk gelegt hat, der Kette, die das deutsche Volk erwartet werden wird. Wenn heute ganz Deutschland unter einer gewaltigen Kohlennot leidet, so ist das nicht die Folge der wilden Streiks, sondern in erster Linie davon, daß die Erzeugung nicht dem Verbrauche zugeschafft werden kann. Wir haben nicht nur den Krieg verloren, sondern auch den Frieden. Gegen Sie, Herr Reichsminister Erzberger, erheben wir schwere Vorwürfe.

Die nächsten Ausführungen gehen unter in lärmenden Kundgebungen des Zentrums, aus dessen Reihen fortgesetzt gerufen wird: Unerhört! Schlaf! Schlaf! Abg. Helmke ruft: Das ist im neuen Deutschland die Freiheit! (Hierauf wiederholen sich die Sturmszenen.)

Präsident Fehrenbach erklärt, daß die persönlichen Angriffe des Redners den Entrüstungssturm entfacht haben und bittet das Haus, die übrigen Ausführungen zu hören anzuhören.

Dr. Bögl fährt fort: Wie ist es möglich, daß dem deutschen Volke, das einen Waffenstillstand erwartete, jetzt ein solcher Waffenstillstand auferlegt wird? Wenn wir nicht zu einem Kirchhofsfrieden kommen wollen, dann müssen zu dem weiteren Verhandlungen die besten Köpfe als Sachverständige hinzugezogen werden.

Minister Erzberger: Angesichts der Tatsache, daß gerade die Gruppe der heutigen Intelligenz mit ihrer Politik den Niedergang unseres Vaterlandes herbeigeführt hat, ist es wirklich ein starkes Stück, wenn ein Vertreter der Gruppe Stinnes es wagt, in der Nationalversammlung von der Schulden eines Ministers zu sprechen, der für den Frieden der Versöhnung eingetreten ist. Der Verteidiger wagt den dreisten Satz, ich hätte niemals Sachverständige gehört. Meine ganze Unmäßigkeit war, daß ich Tag für Tag Sachverständige gehört habe.

Eine Denkschrift über die bisherigen Verhandlungen der Waffenstillstandskommission ist nahezu fertig und wird dem Hause zugehen. Die Verantwortung für die bisher getroffenen Abmachungen trägt die Reichsleitung, für alle Verträge aber trage ich die Verantwortung vor der Nationalversammlung. Sachverständige sind in allen für das deutsche Wirtschaftsleben entscheidenden Fragen gehörig worden. Über das Schiffahrtsabkommen haben eingehende Besprechungen stattgefunden. Die gegenwärtige Behauptung ist eine unerhörte Unmauthung. Erzberger wendet sich dann gegen das Ammenmärchen, daß bei den ersten Verhandlungen der deutschen Waffenstillstandskommission die Entente zu einem entschädigungslosen Frieden bereit gewesen sei, daß aber bei der Ausarbeitung der Resolution noch erklärt habe, dieses neue Faktum änderte die ganze Lage. Der Minister erklärt es für Dichtung, daß der Ausbruch der Revolution eine Verschärfung der Bedingungen zur Folge hatte. Das ist ganz unbegründet. Es sind uns sofort die schwersten Bedingungen des Waffenstillstandes bekanntgegeben worden. Erst am Sonntag, den 10. November, abends 8 Uhr, erreichte mich der Kündspruch der Obersten Heeresleitung, der in 9 Punkten um Milbungen erachtet, aber den ausdrücklichen, allein bisher noch nicht veröffentlichten Satz enthält, gelingt die Durchsetzung dieser Punkte nicht, so wäre trocken abzuschließen. Die Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen läßt sich übrigens durchsetzen, ohne daß irgend einem deutschen Bauer auch nur eine einzige Maschine weggenommen werden muß. Zu den Verhandlungen

nach Spa war Herr Hugo Stinnes entzweit worden. Ich habe seine Abberufung durchgesetzt und ich vertrate sie, weil ich unseren Feinden als Sachverständigen nicht einen Herrn anbieten konnte, der an der Ausbeutung Belgens so hervorragend beteiligt gewesen ist u. der vor allen Dingen die haupttreibende Kraft gewesen ist bei der Verschleppung der belgischen Arbeitslosen, die so ungeheuer viel böses Blut gemacht hat. Der Verein der deutschen Stahlindustriellen hat darauf erklärt, wenn Hugo Stinnes nicht in Luxemburg als Sachverständiger zugezogen wird, enthebt der Verein überhaupt keinen Sachverständigen. Unter solchen Terroristismus suchen Sie (zu Dr. Bögl gewendet) die Regierung zu sehen, aber ich kann Ihnen sagen: Ihre Herrschaft ist vorbei! Um unser Volk über die schwerste Zeit bis zur neuen Krise hinwegzuhelfen, müssen einmal unsere Arbeiter das ihre tun, um Waren für die Ausfuhr zu schaffen, und dann müssen die Kapitalisten ihre freuden Werte dem Deutschen Reich zur Verfügung stellen, und wir in einem solchen Umfang, daß wir vor dem Hungertod vor der Krise gerettet sind. Nur eine kurze Frist ist gestellt, die Finanzierung der Lebensmittel sicher zu stellen. Wenn der Appell der Regierung vorerhalten, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Jeder Deutsche muß sich klar sein, daß er sein Privatkapital nur retten kann, wenn er es in den Dienst der Ge-

KAUFHAUS SCHOCKEN

HANDELSGESELLSCHAFT AUE i.E.

Knaben- und Burschen-Anzüge

sehr preiswert:

Knaben-Prinz Heinrich-Anzüge	32 ⁵⁰
aus dunklen Stoffen, für 8—10 Jahre . . .	
Knaben-Sport-Anzüge	35 ⁰⁰
aus gemust. Stoff., für 8—10 Jahre, 48.00 . . .	
Knaben-Schlupf-Anzüge	45 ⁰⁰
aus blauem Cheviot, für 8—10 Jahre . . .	
Knaben-Anzüge, hochgeschlossen	35 ⁰⁰
für 8—14 Jahre	55.00,
Knaben-Jackettanzüge, einreih.	150 ⁰⁰
aus dunkl. Stoffen, für 8—14 Jahre 175.00 . . .	
Knaben-Jackettanzüge, einreih.	175 ⁰⁰
aus blauem Cheviot, für 8—14 Jahre	
Burschen-Anzüge, einreihig	195 ⁰⁰
aus gem. Stoffen, für 14—18 Jahre 225.00 . . .	
Burschen-Anzüge, zw.ireihig	195 ⁰⁰
aus blauem Cheviot, für 14—18 Jahre	

Burschen-Zwirnhosen, dunk. gemust.	28 ⁵⁰
Herren-Arbeitshosen	29.00 10 ⁵⁰
Herren-Stoffhosen, dunkel gemustert	65 ⁰⁰
Herren-Stoffhosen, dicker Winterstoff	78 ⁰⁰

Blaue Arbeitsanzüge 65.00, 50⁰⁰

Zu Zweien einsam.

Roman von H. Courths-Mahler.

87

(Nachdruck verboten.)

Sibylle sah nach der Uhr. Es war sehn Minuten vor zehn Uhr. Sie hatte sich abschließend nicht mehr um Wolf gekümmert und sah sich nun nach ihm um. Er stand an einem Tischen und blätterte in einer Mappe herum. Als er aufsah, ging Sibylle an ihm vorüber und flüsterte ihm zu: „Es ist gleich zehn Uhr.“ Er neigte nur lächelnd den Kopf. Niemand als Senden hatte das beobachtet. In seinen Blick trat ein böses Leuchten, und er ließ Sibylle nicht aus den Augen. Er sah, daß sie zu ihrem Mann herantrat, und daß dieser gleich darauf mit sornigem Blick herüberblieb zu ihm.

„Aha, jetzt soll ich wieder mit Süßenbau beschäftigt werden, mir scheint, die schöne Sibylle möchte mich ein wenig feststellen, um Wolf Gerhard mit ihrer Huld ungestört beglücken zu können. Diesmal werde ich schwauer sein“, sagte er zu sich selbst.

Sibylle sprach indessen mit ihrem Manne. „Wir sitzen nicht wohl, Kurt, ich habe Kopfschmerzen und möchte mich ein Stündchen zurückziehen. Du sorgst wohl dafür, daß es nicht auffällt.“

Römer sah sie besorgt an. „Was fehlt dir, Sibylle, du wirst doch nicht krank?“

„Sie sah ihn wie ägernd an. „Ich habe mich geärgert, und du weißt, davon bekomme ich immer meine Kopfschmerzen.“

„Worüber hast du dich geärgert?“ Sie sah wie unentschlossen auf ihre Finger spitzen hinab. „Ich — ich möchte es dir gerne sagen, ich fürchte nur, du wirst wieder so aufgeraut. Willst du mir verzeihen, ruhig und vernünftig zu sein, dann will ich es dir anvertrauen.“

„Ich verspreche es dir.“ — „Nun gut. Ich muß mich über Römer lustig machen mit sornigem Blick. „Was hat er zuletzt getan?“ — „Sießt du, schon wirst du

wütend.“ — „Nein, ich bin ganz ruhig.“ — „Wirklich?“ — „Ja.“

„Dann will ich dir offen sagen, daß ich gar nichts mehr dagegen habe, wenn du Senden mal in aller Ruhe den Standpunkt klar machst. Braucht ja nicht zu sagen, daß du es auf meine Veranlassung tust. Er hat mich heute bei Tisch wieder ‚Sibylle‘ genannt. Wenn er das auch nur in harmloser Neugier tut, so gefällt mir seine Art nicht. Ich hätte dich schon lange veranlaßt, ihm einmal entgegentreten, aber deine blonde Eiferucht macht mir Bange, du könnte dich hinreihen lassen, ihn zu fordern. Versprich mir, daß du dies nicht tust, ich kann um Einsicht um dich.“

Römer sah seine Gattin zärtlich an. „Liebes, süßes Herz, sei unbesorgt. Deine Worte haben mir endlich ganz klar gezeigt, daß die Senden nichts gilt, und daß ich ihn nicht zu fürchten habe. Geh‘ und ruh‘ dich aus, irgendwohne spreche ich mit ihm.“

Sie sah ihn dankbar lächelnd an und ging langsam, bis da mit jemand einige Worte wechselnd, hinaus.

Senden hatte sie beobachtet, und als Römer jetzt direkt auf ihn aufsteierte, bestürzte ihn das in seinem Krawall.

„Herr von Senden, ich möchte einige Worte ungestört mit Ihnen sprechen. Wollen Sie mich bitte in einer Winkelstunde im Gesetzimmer erwarten, ich will nur nachsehen, ob es meinen Gästen an nichts fehlt, da sich meine Frau wegen Kopfschmerzen auf ein Stündchen zurückgezogen hat.“

Senden verzogte sich. „Ich stehe zu Diensten“, sagte er und glaubte nun ganz bestimmt zu wissen, daß Sibylle ihn unbedingt machen wollte.

„Als Wolf sah, daß Sibylle verschwand, trat er zu seinem Vater, der am Spieltisch lag.“

„Ich gebe jetzt, Vater. Wollt Sibylle nach mir fragen sollte, suche sie abzulenken“, sagte er leise.

„Ja, gebe nur unbesorgt, mein Junge“, antwortete dieser leise.

Wolf sah, daß Sibylle mit dem jungen Langen aus am Flügel stand. Sie war also vorsichtig bestohlt. Er bemerkte nicht, daß sie ihm einen langen Blick nachwarf,

und ebenso wenig sah er, daß Senden ihn scharf beobachtete und ihm folgte.

Er ging mit ruhigen, festen Schritten durch die wohlbekannten Räume, in denen er seine Kindheit, seine Jugend verlebte, und betrat nach kurzer Zeit den Wintergarten.

Dieser war durch üppige, kostbare Blumengruppen in eine kleine grüne Bildnis verwandelt. Wolf erkannte ihn kaum wieder, denn als Gerhard noch ihm und dem Vater gehörte, hatte man kein Geld übrig gehabt, diesen dem August geweihten Raum so herrlich zu dekorieren. Er war aber nicht in der Stimmung, sich durch den Anblick der seltenen Blumengruppen ablenken zu lassen von dem Zweck seines Hieroleins, und durchschritt ohne Säumen den Mittelgang, um dann, rechts abbiegend, den kleinen roten Salon aufzufinden, den ihm Sibylle als Rendezvous angegeben hatte. Senden war ihm unbemerkt gefolgt und sah, hinter einer üppigen Blumengruppe verborgen, wie Wolf den Salon betrat.

Schon wollte er sich vorsichtig näher heranzuschleichen, als er vernahm, wie die an der gegenüberliegenden Seite befindliche Tür leise geöffnet wurde. Er trat wieder in sein Verstedt zurück und erkannte trotz der matten Beleuchtung des Raumes Sibylle, die mit hastigen, leisen Schritten den Wintergarten durchquerte und ebenfalls in dem roten Salon verschwand. Ganz deutlich hörte er, daß sie hinter sich die Tür abschloß. Ein widerliches Lächeln verzerrte sein Gesicht. Sein unedler Charakter verlangte nach Rache dafür, daß Sibylle einen andern ihm vorgezogen hatte. Schnell ging er zurück, um mit Römer im Gesetzimmer zusammenzutreffen.

Sibylle hatte mit ihren durch Eiferucht geschwollenen Augen sehr wohl bemerkt, daß sich erst Sibylle, dann Wolf von der Gesellschaft entfernt hatten. War Wolf auch nach dem Wintergarten hinausgegangen und die Herrin des Hauses nach der entgegengesetzten Seite, so wußte sie doch sehr gut Bescheid in Gerhard und zweitellte keinen Augenblick, daß sich die beiden durch die gegenüberliegende Zimmerreihe entgegenkommen würden, um sich ungestört zu sprechen. (Fortsetzung folgt.)

Jamkeit stellt. Wir haben gegenüber dem Drang der Alliierten erreicht, daß die Handelsflotte nicht eher auszulaufen braucht, als bis Übereinstimmung über die Ernährungs- und Finanzfragen herbeigeführt ist. Wenn diese Übereinstimmung aber nicht bald, vielleicht in vier Tagen, erzielt wird, dann laufen wir große Gefahr, keine Lebensmittel zu kriegen und die Flotte schließlich doch los zu werden. Der Abg. Böger hat in seiner Rede immer noch die nicht ganz unbedeutende Tatsache vergessen, daß wir den Krieg verloren haben, sonst hätte er eine solche Rede nicht halten können. Vom deutschen Volke hängt es ab, ob es wieder aufwärtsgehen soll. Ich habe das Vertrauen zu unserem Volke, daß es sich wieder aufrichten wird. Ich glaube an unser Volk wie an seine Zukunft.

Abg. v. Graefe (deutsch-nat.): Graf Posadowsky hat treffend nachgewiesen, daß die Bezeichnung Waffenstillstand geradezu ein Hohn ist für den Zustand der tatsächlichen Unterwerfung, der damit gemeint ist. Bedauerlich ist es, daß der Vertreter der Regierung gestern die Waffenstillstandsbedingungen in einem Tone vortrug, an welchem nichts zu merken war von dem Sinn, der das ganze Volk durchzittert. Wir lehnen jedenfalls die Verantwortung für das neue Abkommen ab.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 20. Februar. Der "Deutschen Allg. Jtg." wird indirekt aus Paris mitgeteilt: Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, wird der endgültige Text des Preliminarienfriedens Deutschland Mitte März vom Verband mitgeteilt werden. Für die Beantwortung soll der deutschen Regierung eine Frist von etwa einer Woche eingeräumt werden.

München, 20. Februar. Marshall Foch hat gestattet, daß zur Abwehr der Spartakusumtriebe in Düsseldorf Regierungstruppen verwendet werden. Jedoch muß die Stärke der verwendeten Truppen mitgeteilt werden. Durch

dieses Uebereinkommen mit Marshall Foch hat die Reichsregierung gegenüber der Spartakushochburg in Düsseldorf größere Bewegungsfreiheit und Aktionsspielraum erhalten. Nach den Bestimmungen des Waffenstillstandes fällt Düsseldorf in die neutrale Zone, in der zwar die Regierung Truppen halten darf, aber nur in so beschränkter Zahl, daß ihre erfolgreiche Verwendung gegen die vielen tausend von Spartakisten in Düsseldorf aussichtslos erscheinen müsse. Durch das neue Uebereinkommen ist die Regierung in die Lage versetzt worden, eine ausreichende Menge von Truppen nach Düsseldorf zu dirigieren, um den Kampf gegen die Spartakisten auszuführen.

Brunswick, 20. Februar. Im Landtag fand es gestern während einer Debatte über das Uebereinkommen mit den Arbeitslosen zu schweren Ausschreitungen. Aus einem Demonstrationszuge von etwa 12000 Arbeitslosen drang ein großer Teil in das Landtagsgebäude ein, stürmte den Sitzungssaal, zerstörte Türen und Fenster und zerstörte Tische und Bänke. Die Abgeordneten verließen fluchtartig den Saal. Landtagspräsident Dr. Jaeger (soz.) und ein anderer Abgeordneter wurden unter zertrümmerten Stühlen und Tischen begraben und mit Fäusten, Stöcken und Stuhlbeinen misshandelt. Ein bürgerlicher Abgeordneter, der kurz vorher in einer Rede einen Teil der Arbeitslosen als arbeitslos bezeichnet hatte, wurde im Sitzungssaal blutig geschlagen. Beim Verlassen des Landtags wurden auf der Straße die Führer der demokratischen Landtagsfraktion nicht minder schwer misshandelt.

München, 20. Februar. Gestern nachmittag fand ein mißglückter Putsch von einem angeblichen Ausschuss zum Schutz des zusammengetretenen Landtages statt, bei dem der Obermatrose Lotter und Prinz Joachim von Preußen eine führende Rolle spielten. Matrosen besetzten die Stadtcommandantur und die Polizeidirektion. Der Polizeipräsident, der Stadtcommandeur, der Privatschultheiß des Ministerpräsidenten und 2 Mitglieder des Arbeiterrates wurden verhaftet. Gegen 5 Uhr

nachmittags rückten Matrosen und Pioniere vor das Landtagsgebäude, um die Landtagswache abzulösen. Die Wache schlug den Angriff ab, wobei mehrere Matrosen leicht verletzt wurden. Gegen 7 Uhr abends waren die öffentlichen Gebäude wieder befreit und die Matrosen liefernten freiwillig ihre Waffen ab. Prinz Joachim, der sich unter dem Namen eines Grafen Herz in München aufhielt, wurde festgenommen und in dem Hotel "Bayerischer Hof" interniert. Die zu dem Putsch verwendeten Mannschaften waren zu dem Unternehmen durch Missbrauch der Namen des Ministers Auer und Koschaupt gewonnen worden, die jedoch keinerlei Kenntnis von dem Unternehmen hatten. Während der ganzen Vorgänge herrschte im Landtagsgebäude die größte Aufruhr. Der bayrische Rätesongress entstand um 8 Uhr abends eine zweiglebige Abordnung an die Regierung mit der Forderung, den Prinzen Joachim in Sicherheit zu behalten bis alles aufgeklärt sei. Der Polizist befindet sich im Hotel "Bayerischer Hof" unter Bewachung bewaffneter Matrosen.

Genf, 20. Februar. Clemenceau hat aus Anlaß des auf ihn verübten Attentates von allen alliierten Regierungen Telegramme erhalten, die ihre Teilnahme zum Ausdruck bringen. Die Wunde, die die Kugel verursachte, ist tief, das Befinden Clemenceaus jedoch ausgezeichnet. Der verhaftete Attentäter ist ein gewisser Cottin aus Compiegne. Ein weiterer Funkspruch aus Paris meldet: Über Clemenceaus Zustand wurde folgender Bericht ausgegeben: Der Premierminister erhielt einen Schuß durch die rechte Rippe Seite in den Unterleib, jedoch ohne Verletzung der Eingeweide. Sein Zustand ist befriedigend. Nach einer Reutermeldung wurde Clemenceau an der Schulter verwundet.

Amsterdam, 20. Februar. Aus Paris wird gemeldet: Unter den Abgeordneten des Friedenskongresses ist man übereinstimmend der Ansicht, daß wahrscheinlich Mitte April oder Anfang Mai die Vertreter der Mittelmächte zur Konferenz eingeladen werden sollen, und daß am 1. Juni der definitive Frieden abgeschlossen werden dürfte.

Das Landes-Schützenkorps

mit dem silbernen Eichenfranz am Kragen

stellt noch Freiwillige aller Waffengattungen an.

Besonders benötigt werden: Infanterie-, Artillerie- u. Sanitätsfiziere, sowie tüchtiges Ausbildungspersonal für Sturmbataillon. Disziplinierte Regierungstruppen.

Bedingungen: Mobile Wohnung; täglich 5 Mark Zulage, freie Verpflegung, Unterkunft und Bekleidung. Familienunterstützung und übliche Entschädigung.

**Achtung! Hauptwerbestelle jetzt:
Berlin W. 50, Ansbacherstraße 11,
direkt am Wittenbergplatz.**

Werbestelle: Steglitz, Schloßstraße 68.

**Lagerposten in Kragen,
Bäffchen und Miederbesätzen,**
schwarz, weiß und farbig, modern und unmodern, gegen Kasse zu kaufen. Angebote unter H. S. an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

2 Zuchtgänse
sowie 1 Stamm Hühner zu verkaufen. Zu erfahren in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Fahrrad
ist zu verkaufen. Zu erfahren in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ziegel
in großen und kleinen Posten hat abzugeben Antonie Becher, Bodelstr. Nr. 24.

Deutsch-österreich. Volksbund
Ortsgruppe Eilenstock - Schönheide
Sonntag, den 23. Februar, nachm. 3 Uhr

gemütl. Beisammensein
im Gasthof Schönheiderhammer.
Treffpunkt: Schumanns Comb.
1/3 Uhr. **Der Vorstand.**

8000 Mark
sind per sofort oder später auf 1. oder sichere 2. Hypothek auszuleihen. Off. erb. unt. I. R. 107 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Frisch eingetroffen
Rübenmus,
wohlgeschmeidend, bester Brotaufstrich,
a Pfund 1 Mark.
Heymann's Delikat.-Gesch.

Ziegenzucht-Genossenschaft.

Freitag, den 21. d. J., abends 8 Uhr **Versammlung** in Emil Unger's Gastwirtschaft am Altenplatz. Sonnabend, den 22. d. J., früh 8-11 Uhr **Futtermittelausgabe** auf Auerbacherstr. 1.

STOFFE,
(Konfirmanden-, Blusen-, Mäntel- usw.), extra breit, billig abzugeben. Umgehende Bestellungen erbeten von abends 7 Uhr ab
Bodelstrasse 12, II.

Eine geliebte
Stepperin
(Schneiderin bevorzugt) in Werkstatt sucht
H. Pfefferkorn.

Kaufmännischer Verein Eilenstock.

Die für Freitag, den 21. Februar angekündigte
außerordentliche Haupt-Versammlung
findet erst Freitag, den 28. Februar, abends 1/2 Uhr im Hotel
"Stadt Leipzig" statt.

Der Vorstand.

Evangelischer Bund.

Dienstag, d. 25. Febr., abends 8 Uhr im Hotel Rathaus
Jahres-Versammlung

mit folgender Tagesordnung: Berichte, Wahlen, Anträge.
Hierauf Vortrag des Herrn Pfarrer Weigel-Carlsseld:

= Religiös oder evangelisch? =

Gäste herzlich willkommen!

Anträge sind bis zum 22. d. J. an den Untersigten erbeten.

Der Zweigverein Eilenstock.

J. A. Fr. Grundmann.

Zu unserem am Freitag, den 21. Februar, im Saale des Deutschen Hauses stattfindenden

öffentlichen Abschieds-Kränzchen

laden wir freundlich ein.

Anfang 4 Uhr. **Grenzschn. Wildenthal.**



Anzeigen und Bekanntmachungen

für die abends erscheinende Zeitung werden bis spätestens vormittag 10 Uhr erbeten; später eingehende müssen für die folgende Nummer zurückgestellt werden. Ausnahmen sind nur in besonders dringlichen Fällen zu erhöhtem Preise angängig.

Dringmaschinenwaschen

sein Holz, garant. Heizwirker, D. R. G. M. D. R. P. an-
gem., liefert

Emil Neukirchner,
Albertstr. 1.

Rechnungs-Formulare
Speisen- und Weinarten
Ursprung-Bezeugnisse
Beschiedene Plakate
Steuerquittungsbücher
hält stets vorrätig die Buchdruckerei von **Emil Gannebohn.**

Freilauf-Fahrrad,

fast neu, mit Gummi-Bereifung
zu verkaufen

Schönheide, ob. Straße 498.

Deutschland
Wochenschrift
gleich
Bewill
verden
materi
sonst n
meiner
Verhei
es wi
Deutsc